

Bewegung im Kaschmirkonflikt

von Jorge Scholz

Seit der Teilung des südasiatischen Kolonialreiches der Briten in Pakistan und Indien ist das strategisch wichtige Kaschmir im Grenzgebiet zu China, Afghanistan, Tadschikistan und Nepal nicht nur ein gefährlicher Konfliktherd zwischen den beiden Nachbarstaaten, der bisher dreimal zum Krieg eskalierte, sondern immer auch ein Spielball der Großmächte. Der Zerfall der Sowjetunion, das Abrücken der USA von Pakistan und die Annäherung zwischen dem Pakistan-Verbündeten China und Indien haben jedoch alte Fronten im Dauerzweist um Kaschmir verändert. Nun versuchen unversöhnliche Fundamentalisten, die Regierungen in Islamabad und Delhi lautstark unter Druck zu setzen, um mögliche Kompromisse im Rahmen einer friedlichen Verhandlungslösung zu verhindern. Inzwischen droht der blutig geführte Bürgerkrieg in Kaschmir durch die jüngste Eskalation der Gewalt auch auf den pakistanischen Teil überzugreifen. In einer Welle nationaler Begeisterung wird der Ruf der Bevölkerung nach Unabhängigkeit immer lauter. Damit wird die Kaschmir-Frage für die Zukunft der Vielvölkerstaaten des Subkontinents zum Testfall.



Militärischer Einsatz in Srinagar. Sogenannte Rounding up Operations (Foto: Frontline)

Unter dem Eindruck der grausamen Bilanz des Bürgerkrieges in Kaschmir - 1.800 Tote allein im vergangenen Jahr - und ermutigt durch das Ende des Kalten Krieges versicherten der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif und der indische Ministerpräsident Rao noch am 1. Februar diesen Jahres bei einem Treffen, daß der Konflikt um Kaschmir durch einen direkten Dialog beigelegt werden soll. Zur gleichen Zeit bahnte sich jedoch andernorts bereits neues Un-

heil an: Anhänger der radikalen Hindu-Partei 'Bharatiya Janata Party' (BJP) erreichten mit ihrem Präsidenten Murlu Manohar Joshi an der Spitze nach einem spektakulären, am südindischen Kap Comorin gestarteten "Demonstrationsmarsch für die Einheit der Indischen Union" die kaschmirische Hauptstadt Srinagar. Mehr als tausend schwerbewaffnete Sicherheitskräfte ermöglichen es dem Spitzenpolitiker, auf dem Marktplatz während einer symbolträchtigen

Zeremonie die indische Flagge zu hissen; für die muslimischen Aufständischen Kaschmirs eine Provokation, die nicht lange unbeantwortet bleibt: Amanullah Khan, Führer der wichtigsten kaschmirischen Widerstandsorganisation 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) ruft seine Gefolgsleute zu einem Marsch vom pakistanischen Azad Kaschmir (azad=frei) über die Demarkationslinie hinweg in den von Indien kontrollierten Teil Kaschmirs auf. Als

am 11. Februar eine mehr als tausendköpfige Menschenmenge versucht, die vor der Grenze von pakistanischen Sicherheitskräften errichteten Barrikaden zu stürmen, eröffnen die Soldaten das Feuer. Im Kugelhagel sterben mindestens sechs Menschen, weitere fünfzig werden verletzt. Wütende Protestkundgebungen in Azad Kaschmir sind die Folge und lassen darauf schließen, daß sich die kaschmirische Unabhängigkeitsbewegung inzwischen auch im Norden Pakistans wachsender Beliebtheit erfreut. Ermutigt durch den Erfolg rief Amanullah Khan zum 30. März erneut zu einem Marsch nach Srinagar auf - er wurde jedoch in letzter Minute wieder abgesagt. Eine erneute Eskalation der Gewalt blieb damit vorerst aus.

Beobachter verfolgen die wachsenden Spannungen in der Himalayaregion mit Sorgen, da angesichts des erheblichen Konfliktpotentials zwischen den beiden südasiatischen Atommächten schon ein geringer Anlaß jederzeit einen Krieg auslösen kann. Warum im Verhältnis zwischen Indien und Pakistan ausgerechnet den Streitigkeiten um die Provinz im Norden des Subkontinents besondere Brisanz zukommt, zeigt ein Blick zurück.

Hintergründe

Als das britisch-indische Imperium 1947 aufgelöst wurde, sollte das Erbe nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit der Bevölkerungsmehrheit zwischen den beiden Nachfolgestaaten aufgeteilt werden. Im Falle von Jammu und Kaschmir schloß sich jedoch der Maharaja, ein Hindu, mit seinem Fürstentum der Indischen Union an, obwohl seine Untertanen mehrheitlich Muslime waren. Pakistan versuchte seinen berechtigten Ansprüchen mit militärischen Mitteln Nachdruck zu verleihen, was noch im selben Jahr den ersten indisch-pakistanischen Krieg auslöste.

Bedingt durch den Kriegsverlauf ist das ehemalige Fürstentum seitdem in einen pakistanischen und einen indischen Teil aufgespalten. Das von Pakistan kontrollierte Gebiet umfaßt die unterschiedlich eingestuften Regionen 'Northern Areas' und 'Azad Kaschmir'. Während die direkt von der Bundesregierung verwalteten Northern Areas nach pakistanischer Lesart im Falle von Verhandlungen mit Indien nicht zur Disposition stehen, hat Islamabad bewußt auf die formale Integration Azad Kashmirs verzichtet. Dies soll mit Berufung auf die UN-Resolutionen von 1948 und 1949 die Forderung eines Plebiszits in Kaschmir legitimieren. Die Regierung in Delhi hat dagegen den von Indien verwalteten Teil inzwischen vollständig als Bundesstaat 'Jammu and Kashmir' in die

Indische Union integriert.

Drei Teilkonflikte

Genau besehen besteht der Kaschmir-Konflikt zwischen Pakistan und Indien heute aus drei strukturell miteinander verbundenen Teilkonflikten:

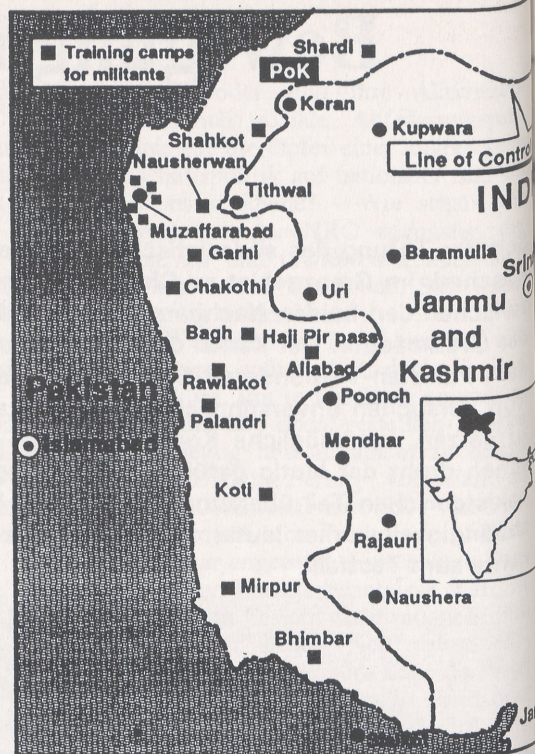
- Dem bilateralen Konflikt, der in seiner jetzigen Schärfe erst seit 1990 ausgetragen wird. Seit dem im Juni 1972 von Zulfikar Ali Bhutto und Indira Ghandi abgeschlossenen Simla-Abkommen, in dem bei Streitigkeiten einem bilateralen Lösungsansatz der Vorrang (nicht aber explizit die Ausschließlichkeit) eingeräumt wurde, galt er bis Ende 1989 als entschärft. Seit Anfang 1990 ist die Interpretation des Vertrages jedoch heftig umstritten. Indien beharrt auf dem rein bilateralen Ansatz, während Pakistan aus dem Vertrag auch einen internationalen Lösungsweg ableitet. Also: Bilateralismus contra Internationalisierung.

- Dem innerindischen Konflikt, also dem Separationskampf der muslimischen Kaschmiris. Die Unruhen entzündeten sich an der Kaschmir-Politik Delhis, breiteten sich 1988 aus und schlugen im November 1989 in eine Sezessionsbewegung um. Dies hatte eine Reaktivierung des schwelenden bilateralen Konfliktes zur Folge. Das kausale Bindeglied ergibt sich aus Indiens Vorwurf an Pakistan, die kaschmirischen Separatisten zu unterstützen.

- Dem Territorialkonflikt um den strategisch bedeutsamen Siachen-Gletscher im Himalaya. Die Kämpfe auf dem Gletscher halten seit 1984 an und werden isoliert von den beiden anderen Teilkonflikten auf absehbare Zeit auch fortgesetzt.

Der Bundesstaat Jammu und Kaschmir

Wenn von den Unabhängigkeitsbestrebungen der Kaschmiris und den Aktivitäten der verschiedenen Widerstandsgruppen die Rede ist, muß bedacht werden, daß der indische Bundesstaat Jammu und Kaschmir aus drei völlig unterschiedlichen Distrikten besteht. Das Kerngebiet des Separationskampfes beschränkt sich auf einen dieser Distrikte, das Kaschmir-Tal. Hier bilden kaschmirisch-sprachige sunnitische Muslime die Bevölkerungsmehrheit. Die Unruhen in dieser Region haben eine Fluchtbewegung der als 'Kashmir Pandits' bezeichneten hinduistischen Minderheit ausgelöst, die das Übergewicht der sunnitischen Kaschmiris noch erhöht. Die Hin-



(Karte: Frontline)

aus fliehen vor allem in den benachbarten Jammu-Distrikt, der von einer hinduistischen Mehrheit bewohnt wird, die die Integrationspolitik der indischen Bundesregierung aktiv unterstützt. Der dritte Distrikt wird als Ladakh-Distrikt bezeichnet, in dem zur Hälfte tibetischstämmige Buddhisten und schiitische Muslime leben. Ladakh fordert seit Ende der 40-er Jahre die Heraustrennung aus dem Bundesstaat und eine direkte Verwaltung durch Delhi. Ladakh ist wegen seiner Nähe zu dem von China kontrollierten, aber von Indien beanspruchten Himalaya-Gebiet Aksai Chin für Indien von militärischer und strategischer Bedeutung.

Die Bedeutung von Jammu und Kaschmir besteht darin, daß nur in diesem Bundesstaat der Indischen Union eine muslimische Bevölkerungsmehrheit besteht. Das verleiht dem Separationskampf der muslimischen Kaschmiris innenpolitische Brisanz, da die Integration dieses Bundesstaates Delhi als Beweis für den toleranten und säkularen Staatscharakter der Indischen Union dient. Konfliktverschärfend wirkt sich der Zerfall der Sowjetunion, vor allem die erfolgreich verlaufenen Unabhängigkeitsbestrebungen der ebenfalls mehrheitlich muslimischen mittelasiatischen Republiken aus. Der Vielvölkerstaat Indien muß ein Übergreifen nationalistischer und separatistischer Tendenzen auf weitere Provinzen fürchten, die, wie das Beispiel der Sowjetunion lehrt, durch die unkontrollierte Entfesselung zentrifugaler Kräfte langfristig die Existenz der Indi-

schon Union in ihrer heutigen Gestalt gefährden könnte.

Indische Argumentation

Seit Jahresbeginn wird die bisher fast tabuisierte Frage, ob sich die Indische Union mit ihren 850 Millionen Menschen und ihren verschiedenen Sprachen, ethnischen Gruppen und Religionen nicht besser in eine lockere, dezentral organisierte Staatengemeinschaft umwandeln sollte, zumindest in den englischsprachigen Medien des Landes offen diskutiert. Noch hält die Mehrheit der politischen Klasse trotz der immer sichtbarer werdenden Risse im staatlichen Gefüge mit dem Hinweis auf die blutigen Folgen der ersten Teilung des Subkontinentes an der Einheit der Union und an einer entsprechend rigorosen Minderheitenpolitik fest: Schon jetzt sind nach Angaben führender Militärs 50 Prozent der Kräfte der indischen Armee in den drei Unruheprovinzen Kaschmir, Punjab und Assam gebunden.

Bezogen auf die Situation in Kaschmir argumentiert die indische Regierung, daß die Separationsbewegung rein politisch motiviert sei, und bestreitet prinzipiell einen religiösen Charakter, da dies im indischen Sprachgebrauch 'kommunal' (communal) bedeutet. Das Verhältnis zwischen den Religionsgemeinschaften ist seit den 80-er Jahren ohnehin durch sich häufende 'kommunale' Zusammenstöße gespannt. Bei einer eventuellen Abspaltung Kaschmirs fürchtet man Vergeltungsmaßnahmen extremistischer Hindu-Aktivistinnen an der über das Unionsgebiet verstreuten muslimischen Minderheit ('Hindu backlash'). Aus diesen Gründen besteht Delhi darauf, daß der "separatistische Extremismus" eine rein interne Angelegenheit Indiens ist, die eine Bekämpfung mit allen verfügbaren Mitteln gerechtfertigt.

Pakistanische Argumente

Pakistan dagegen argumentiert, daß die Sezessionsbewegung ein religiös motivierter Selbstbestimmungskampf der muslimischen Kaschmiris gegen die hinduistische Vorherrschaft in der Indischen Union sei. Deshalb müsse er als ein Anliegen der gesamten 'umma' von den islamischen Staaten unterstützt werden. Dieser Argumentation liegt das existentielle und bis heute ungelöste Legitimationsproblem des pakistanischen Staates zugrunde. Basierend auf der 'Zwei-Nationen-Theorie', mit der 1947 die Abspaltung des britisch-indischen Imperiums in zwei Nachfolgestaaten legitimiert wurde, versteht sich die 'Islamische Republik Pakistan' als Vertreterin muslimischer Interessen auf dem indischen Sub-

kontinent. Darauf beruht auch der Anspruch Pakistans auf den indischen Teil Kaschmirs mit seiner muslimischen Mehrheit.

Die islamische Staatsideologie, die zur Zeit in der Innenpolitik eine Renaissance erfährt, ist 1971 durch die Abspaltung Bangladeschs bereits erschüttert worden. Sollte die jetzige Sezessionsbewegung tatsächlich zu einem Anschluß an Pakistan führen, würde dies die ursprünglich aus der 'Zwei-Nationen-Theorie' abgeleitete Staatsideologie auf außenpolitischem Gebiet nachhaltig stärken und bestätigen. Da sich die Regierung in Islamabad in nahezu allen Provinzen mit erstarkenden separatistischen Strömungen konfrontiert sieht, würde eine solche Lösung des Kaschmir-Konfliktes auch innenpolitisch die Legitimation des pakistanischen Einheitsstaates festigen.

'Jammu and Kaschmir Liberation Front'

Der mit 2.000 bis 3.000 bewaffneten Kämpfern stärksten und bedeutendsten Widerstandsorganisation JKLF kommt in diesem komplizierten Gefüge unfreiwillig eine Schlüsselrolle zu. Da - trotz der Terroraktivitäten einiger kleiner islamistischer und pro-pakistanischer Gruppierungen wie 'Ikhwanul Muslimeen' (Muslim-Bruderschaft), 'Hizbul Mujahideen', 'Muslim Janbaz Force' und 'Al Omar' - repräsentiert durch die JKLF immer noch nationalistische und religiös-liberale Strömungen im Sinne des historischen Strebens nach Unabhängigkeit dominieren, was traditionell im Kaschmir-Tal auch ein gutnachbarschaftliches Zusammenleben mit der gebildeten hinduistischen Minderheit einschließt, bleibt die pakistanische Interpretation angreifbar.

Deshalb kann ein vor allem von der JKLF errungener Erfolg nicht im Interesse Islamabads sein. Das Anliegen der

Kaschmir-Separatisten kollidiert also nicht nur mit der indischen, sondern auch mit der pakistanischen Position. Zwar scheinen die pakistanischen Plebiszitforderungen angesichts der aktuellen Situation im Kaschmir-Tal gerechtfertigt, jedoch sieht die von Islamabad auf der Basis früherer UN-Resolutionen geforderte Volksabstimmung lediglich zwei Optionen vor: Anschluß entweder an Indien oder an Pakistan. Die damals vorenthaltene dritte Option, nämlich ein unabhängiges Kaschmir - in nicht geklärten territorialen Grenzen - ist im aktuellen Konflikt dominierend geworden. Somit wird auch für die Lösung der Kaschmir-Frage von Bedeutung sein, was die wiederbelebte völkerrechtliche Grundsatzkontroverse, nach welchen Kriterien die Aktivitäten einer Separationsbewegung als Selbstbestimmungskampf zu definieren ist, ergibt. Entsprechend aufmerksam beobachtet sowohl die indische als auch die pakistanische Presse die Haltung der westlichen Staaten zu den Entwicklungen in Südosteuropa und in Zentralasien.

Das gemeinsame Schreckgespenst eines dank neuer geopolitischer Entwicklungen möglicherweise unabhängig werdenden Kaschmirs läßt die noch vor kurzem schier unüberbrückbar scheinende Kluft zwischen Delhi und Islamabad deutlich zusammenschumpfen. Wie das eingangs geschilderte brutale Vorgehen des pakistanischen Militärs gegenüber JKLF-Sympathisanten beweist, wird inzwischen zumindest die nationalistisch orientierte Strömung des kaschmirischen Widerstandes von der pakistanischen Regierung in ähnlichem Maße gefürchtet, wie von der indischen Führung.

Bedrohliche Entwicklung auch in Azad-Kaschmir

Hilf- und tatenlos verfolgt man schon seit geraumer Zeit, wie sich auch im



Militante der JKLF (Foto: Frontline)



Armeeeinsatz am Dalsee, Heimat der Hausboote, einst Touristenattraktion in Srinagar. (Foto: Frontline)

friedlichen Azad Kaschmir Bedrohliches zusammenbraut. Die Bevölkerung dort leidet mittlerweile unter den immer wieder aufflammenden Artillerieduellen entlang der pakistanisch-indischen Kontroll-Linie, da inzwischen von der indischen Armee gelegentlich auch zivile Ziele unter Beschuß genommen werden. Im Mai vergangenen Jahres wurde zum Beispiel die kleine Stadt Atmaquam und sechs Dörfer in der Nähe schwer getroffen, was zum ersten Mal auch innerhalb von Azad Kaschmir die lokale Bevölkerung zu Flüchtlingen machte. Allein im letzten Jahr flohen mehr als 10.000 Menschen aus dem indischen Kaschmir-Tal nach Azad Kaschmir, die sich zu den Zehntausenden des Vorjahres gesellten. Dies verschlechterte die Lebensbedingungen der Einheimischen erheblich und führte zu Ressentiments gegenüber den indischen Kaschmiris. Weiter verschärft werden diese Spannungen durch die Tatsache, daß der pakistanische Staat jeden indischen Flüchtling mit täglich 12 Rupien unterstützt, während sich die Flüchtlinge aus Azad Kaschmir mit 6 Rupien begnügen müssen.

Vor allem beschuldigt man die Flüchtlinge und Bewaffneten aus dem umkämpften Nachbartal, die sogenannte 'Kalaschnikow-Kultur' eingeführt zu haben. So ist die Kriminalität binnen eines Jahres dramatisch gestiegen, ein gut organisiertes Bandenwesen gefährdet die öffentliche Ordnung und Sicherheit, und zum ersten Mal werden aus dieser bisher nicht betroffenen Region Drogen- und Waffenhandel gemeldet. Der Regierung in Islamabad wird vorgeworfen, für die Flüchtlinge aus dem indischen Teil Kaschmirs zu viel Geld auszugeben und gleichzeitig die Entwicklung in Azad Kaschmir völlig zu vernachlässigen.

Neuorientierung

Die aus dem Freiheitskampf der Kaschmiris erwachsenden innenpolitischen Nöte der Regierung Nawaz Sharif

drohen die außenpolitischen Vorteile zu annullieren. Den folgerichtigen Schritt - eine konsequente Neuorientierung der pakistanischen Kaschmirpolitik in Richtung größerer Flexibilität und Kompromißbereitschaft - verhindert derzeit noch die kleine aber einflußreiche islam-fundamentalistische Lobby in Militärführung und politischer Klasse, die nach wie vor für ein stärkeres pakistanisches Engagement und eine offene Unterstützung der 'kaschmirischen Mujaheddin' plädiert. Diese Verfechter pan-islamischer Ideen brandmarken seit langem die in dieser Frage behutsame Zurückhaltung der Regierung: Trotz gegenteiliger indischer Behauptungen konnten Ausbildungs- und Trainingscamps für kaschmirische Widerstandsgruppen bisher auf pakistanischem Boden nicht nachgewiesen werden.

'Jamaat-e-Islami'

Dafür sorgt sich eine pakistanische politische Partei namens 'Jamaat-e-Islami', die als Koalitionspartner dem gegenwärtig regierenden Parteienbündnis IJI angehört, in eigener Regie um die Unterstützung der vorzugsweise pan-islamischen Zielen verpflichteten kaschmirischen Kampfgruppen. Die 'Jamaat' gilt als wichtigste islamische Aktivistebewegung in Pakistan mit orthodox-fundamentalistischer Ausrichtung, ist straff organisiert und besitzt eigene bewaffnete Kader. Zu den afghanischen Mujaheddin, vor allem zu der streng fundamentalistischen Gruppe 'Hezb-i-Islami' unter der Führung von Gulbuddin Hekmatyar, pflegt die 'Jamaat' enge politische Kontakte. Gut informierte pakistanische Journalisten behaupten, daß in einigen der afghanischen Flüchtlingslager entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze von Ausbildern der 'Jamaat' militärische Ausbildung durchgeführt wird. Zu beachten ist, daß nach dem Fall der afghanischen Stadt Khost im Frühjahr des letzten Jahres unter den Kämpfern

Hekmatyars von verschiedenen Journalisten übereinstimmend etwa 500 Bewaffnete aus Kaschmir ausgemacht wurden. Umgekehrt halten sich in jüngster Zeit auffallend viele Afghanen in Azad Kaschmir auf.

Angesichts dieser Verbindungen der militanten Fundamentalisten zwischen Himalaya und Hindukusch wird es für die Zukunft Kaschmirs von einiger Bedeutung sein, wie sich die jüngste Kehrtwendung in der pakistanischen Afghanistanpolitik auf den kaschmirischen Widerstand auswirkt: Um die wirtschaftlichen Beziehungen mit den jungen zentralasiatischen Republiken wirkungsvoll entfalten zu können, strebt Islamabad neuerdings einen Verständigungsfrieden mit dem Najibullah-Regime in Kabul an. Die von Pakistan aus operierenden Mujaheddin-Führer, die sich lange Jahre des großzügigen Finanzsegens ihres Gastlandes erfreuen durften, finden sich plötzlich in der Rolle unerwünschter Störenfriede wieder, die um ihr politisches Überleben fürchten müssen. Dies könnte auch in Kaschmir ihrem Tatendrang deutliche Grenzen setzen.

Delhi im Dilemma

Wenn es um das politische Schicksal des Mächtegegners Staates Kaschmir geht, bleibt trotz allem das entscheidende Wort Delhi vorbehalten. Vorläufig ist von der Minderheitsregierung der Kongreß-Partei nichts Spektakuläres zu erwarten, da sie im Parlament auf die Unterstützung einer Oppositionspartei angewiesen ist. Vor allem die in Angriff genommene Wirtschaftsreform konnte die Regierung nur mit den Stimmen der BJP durchsetzen. Die Hindu-Partei fordert jedoch als Gegenleistung eine harte Haltung in Kaschmir und anderen Staaten, die sich von der Union lösen wollen. Darüberhinaus lehnt sie kompromißlos jede Form von erweiterter Autonomie für die Unruheprovinzen ab.

UNO-Aktivitäten Alle Hoffnungen konzentrieren sich nun auf die Vereinten Nationen. Immerhin signalisierte der Staatssekretär des indischen Außenministeriums J.N. Dixit Gesprächsbereitschaft, als er vor kurzem die Botschafter der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates einlud, um sie über Indiens Haltung im Kaschmir-Konflikt zu informieren. Hintergrund: Indien strebt selbst einen ständigen Sitz in diesem höchsten Gremium der Weltorganisation an. Nicht zuletzt wegen dieses ergeizigen Ziels - und wegen zahlreicher Vorwürfe, die Menschenrechte zu verletzen - wird Indien zumindest in absehbarer Zukunft einem Vermittlungsversuch der Vereinten Nationen zustimmen müssen.